

Substanzielles Protokoll 26. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 12. Dezember 2018, 14.00 Uhr bis 16.31 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Martin Bürki (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Substanzielles Protokoll: Philippe Wenger

Anwesend: 124 Mitglieder

Abwesend: Dr. Urs Egger (FDP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | | |
|-----|-----------------|--------------|---|-----|
| 1. | | Mitteilungen | | |
| 2. | <u>2018/456</u> | * | Weisung vom 28.11.2018:
Motion von Martin Luchsinger, Isabel Garcia und 1 Mitunterzeichnenden betreffend Umsetzung einer departementsübergreifenden Smart-City-Strategie, Bericht und Abschreibung, Konzept und Nachtragskredit 2019 für die Umsetzung | STP |
| 3. | <u>2018/458</u> | * | Weisung vom 28.11.2018:
Hochbaudepartement, Volksinitiative «Neue Arbeitsplätze anstatt Carparkplätze», Antrag auf Ungültigerklärung | VHB |
| 9. | <u>2018/352</u> | | Weisung vom 19.09.2018:
Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan (FAP) 2019–2022 | FV |
| 10. | <u>2018/478</u> | E | Postulat der AL-Fraktion vom 05.12.2018:
Anpassung der Prozesse für Neubauprojekte im Portfolio Schul- und Sportbauten | VHB |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

679. 2018/456
Weisung vom 28.11.2018:
**Motion von Martin Luchsinger, Isabel Garcia und 1 Mitunterzeichnenden
betreffend Umsetzung einer departementsübergreifenden Smart-City-Strategie,
Bericht und Abschreibung, Konzept und Nachtragskredit 2019 für die Umsetzung**

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 10. Dezember 2018

680. 2018/458
Weisung vom 28.11.2018:
**Hochbaudepartement, Volksinitiative «Neue Arbeitsplätze anstatt Carparkplätze»,
Antrag auf Ungültigerklärung**

Zuweisung an die SK HBD/SE gemäss Beschluss des Büros vom 10. Dezember 2018

681. 2018/352
Weisung vom 19.09.2018:
Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan (FAP) 2019–2022

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2019–2022 wird zur Kenntnis genommen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2018/352 und 2018/351.
Für GR Nr. 2018/351 siehe Protokoll der 27. Sitzung vom 12. Dezember 2018,
Beschluss-Nr. 692/2018.

Referent zur Vorstellung der Weisung:

Raphaël Tschanz (FDP): Die RPK hat die Budgetvorlage 2019 des Stadtrats geprüft. Sie konnte aufgrund des Revisionsberichts der Finanzkontrolle feststellen, dass die rechnerischen und formellen Anforderungen erfüllt sind. Der Stadtrat legt dem Gemeinderat ein Budget mit einem Ertragsüberschuss in der Erfolgsrechnung von 34,7 Millionen Franken vor (inklusive Novemberbrief). Dieser ergibt sich aus einem Aufwand von 8,753 Milliarden Franken und Erträgen von 8,788 Milliarden Franken. Der Abschluss der Rechnung 2018 ist zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts noch nicht bekannt. Das Ergebnis hängt unter anderem von der Entwicklung der Aktien der Flughafen Zürich AG sowie der MCH Group AG (Messe Schweiz) ab, deren jeweiliger Kurs im laufenden Jahr stark gesunken ist. Aufgrund des Aktienkurses der Flughafen Zürich AG vom 23.

November 2018 müsste die Stadt Zürich für die in ihrem Besitz befindlichen Aktien einen Kursverlust von rund 94 Millionen Franken verbuchen. Das Budgetjahr 2019 ist das erste Jahr, in dem für die Rechnungslegung die am 1. Januar 2018 in Kraft getretenen und für alle Gemeinden im Kanton Zürich gültigen neuen Rechtsgrundlagen des Harmonisierten Rechnungsmodells (HRM2) angewendet werden müssen. Mit der Umstellung auf HRM2 verzichtete die Stadt Zürich auf eine Neubewertung des Verwaltungsvermögens. Dieser Beschluss hat in der Erfolgsrechnung eine vorübergehende Entlastung bei den Abschreibungen zur Folge, die namentlich bei Immobilien Stadt Zürich (IMMO) zu einer Ergebnisverbesserung von über 70 Millionen Franken führt. Weitere Sondereffekte ergeben sich aufgrund der Aktivierung der Planungs- und Projektierungskosten sowie der Aktivierung von Softwarebeschaffungen und -entwicklungen. Der auf HRM2 basierende Kontenrahmen weicht in wesentlichen Teilen vom bisherigen Kontenrahmen nach HRM1 ab. Eine Vergleichbarkeit mit Budgets und Rechnungen, die bis 2018 nach den HRM1-Grundlagen erstellt wurden, ist deshalb nicht mehr möglich. Zum Personalaufwand: Der budgetierte Personalaufwand 2019 steigt gegenüber dem Budget 2018 um 45,4 Millionen auf 2,83 Milliarden Franken. Der Mehraufwand ist im Wesentlichen auf rund 230 zusätzliche Vollzeitstellen zurückzuführen. Die Stellenwerte steigen somit auf 21 800 Vollzeitstellen. Zum Sachaufwand und den Investitionen: Der Sachaufwand verringert sich gegenüber dem Vorjahr um 85,6 Millionen auf 1,84 Milliarden Franken (ohne Novemberbrief). Die grösste Abweichung von 64,2 Millionen Franken ist auf den Wegfall der Wertberichtigungen (bisher: Abschreibungen) auf Forderungen zurückzuführen. Weiter sinken die Dienstleistungen und Honorare um 25,9 Millionen Franken, insbesondere weil die Planungs- und Projektierungskosten mit Einführung von HRM2 direkt bei den einzelnen Vorhaben in der Investitionsrechnung budgetiert werden. Eine Zunahme von 4,6 Millionen Franken ist bei den Honoraren für externe Gutachten, Fachexpertisen und so weiter zu verzeichnen. Zum Finanz- und Aufgabenplan (FAP) 2019–2022: Die Finanzierung der städtischen Leistungen für die kommenden Jahre gestaltet sich anspruchsvoll. Der Stadtrat geht von einer weiter wachsenden Stadt und entsprechend steigenden Investitionen aus. Der FAP zeigt für das Jahr 2020 ein ausgeglichenes Ergebnis. In den Jahren 2021 und 2022 wird mit einem Defizit von 46,9 bzw. 94,0 Millionen Franken gerechnet. Das Eigenkapital würde damit auf rund 1,1 Milliarden Franken sinken. Aufgrund der hohen Investitionen und des damit einhergehenden tiefen Selbstfinanzierungsgrads steigen die langfristigen Schulden nach einem Rückgang in den vergangenen Jahren wieder an. Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt gemäss FAP von 68,9 Prozent nach Budget 2018 auf lediglich 40 Prozent im Jahr 2022. Damit einher geht eine starke Zunahme des Fremdkapitals der Stadt Zürich von 8,3 Milliarden im Jahr 2018 auf 10,9 Milliarden Franken im Jahr 2022. Dabei sind die Auswirkungen der Steuervorlage 17 noch nicht berücksichtigt. Die Nettoschuld I als Gradmesser für die Verschuldung steigt aufgrund der hohen Investitionen von 2018 bis 2022 um über die Hälfte von rund 10 000 auf 15 000 Franken pro Einwohnerin und Einwohner der Stadt Zürich. Wobei gemäss Vorgaben des Gemeindegesetzes ein Betrag ab 5000 Franken bereits als «sehr hohe Verschuldung» gilt. Um die für 2022 erwartete Schulden abzutragen, wäre 2,5 Mal die Summe der direkten Steuern der natürlichen und juristischen Personen erforderlich. Der Stadtrat weist im FAP darauf hin, dass die Nettoschuld I die besondere Situation der Stadt Zürich nicht berücksichtigt. So umfasst das Budget der Stadt auch zwei Spitäler, die Verkehrsbetriebe der Stadt Zürich (VBZ), das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz), usw., die hohe Investitionen mit sich bringen. In den Kennzahlen bleibt unberücksichtigt, dass ein hoher Anteil des Fremdkapitals der Stadt auf vollständig oder teilweise gebührenfinanzierte Bereiche zurückzuführen ist. Um diesen besonderen Umständen zu begegnen, kann als weitere von der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren empfohlene Finanzkennzahl die Nettoschuld II ermittelt werden. Im Unterschied zur Nettoschuld I werden vom Verwaltungsvermögen neben dem Eigenkapital zusätzlich die Beteiligungen im Verwaltungsvermögen abgezogen. Die RPK hat deshalb das Finanzdepartement aufgefordert, die Nettoschuld II auszuweisen. Auf diese

Forderung ist der Stadtrat aber nicht eingetreten. Die RPK teilt die Feststellung des Stadtrats, dass die Finanzierung der städtischen Leistungen für die kommenden Jahre anspruchsvoll ist. Ebenso teilt die RPK die finanzpolitischen Zielsetzungen des Stadtrats, namentlich dass erstens das Rechnungsergebnis der Stadt Zürich mittelfristig ausgeglichen zu gestalten ist, zweitens ein Bilanzfehlbetrag zu vermeiden ist und drittens neue Investitionen zu einem hohen Teil aus eigenen Mitteln finanziert (geringe Neuverschuldung) werden sollen. Die Mehrheit der RPK hält diese Zielsetzungen nach wie vor für angemessen. Sie geht davon aus, dass der Stadtrat bei der Budgetierung die für die Zielerreichung notwendigen Massnahmen trifft. Die Minderheit der RPK hält die Zielsetzungen des Stadtrats für ungenügend und ist besorgt, dass zur Sanierung des Budgets der Fokus nur auf die Einnahmenseite, nicht aber auf die Ausgabenseite gelegt wird. Zumindest das Ziel einer geringen Neuverschuldung wird nach vorliegendem FAP klar verfehlt werden dürfen. Die Minderheit wünscht sich zudem vom Stadtrat eine nachhaltige Finanzpolitik, die im Sinne kommender Generationen einen sukzessiven Abbau des Fremdkapitals vorsieht. Ich komme nun zu den Bemerkungen der RPK zu weiteren Themen: Die RPK hat festgestellt, dass in verschiedenen Departementen unter dem Stichwort «Digitalisierung» Stellen geschaffen und Projekte initialisiert werden. Die RPK steht im Grundsatz hinter dieser Digitalisierungs-Initiative, würde es aber sehr begrüßen, wenn der Lead für diesen Themenbereich im Stadtrat klar definiert wäre. Naheliegender wäre es für die RPK, wenn Organisation und Informatik Zürich (OIZ) in dieser Sache federführend wäre. Auch neben der Digitalisierung scheinen sich parallele Strukturen aufzubauen. So weisen alle Departemente gemeinsam einen Bedarf an externer IT-Beratung von 20 Millionen Franken aus; die OIZ ihrerseits stellt 28 Millionen Franken im Budget ein. Sowohl die Departemente als auch OIZ kaufen Hard- und Software ein. Diese Parallelität ist dringend zu überprüfen und wieder in klare Zuständigkeiten zurückzuführen. Die RPK hat weiter festgestellt, dass gewisse Massnahmen, die in den letzten Jahren zurückgestellt wurden, nun umgesetzt werden. Dazu gehören strukturelle Massnahmen im Personalbereich, beim Immobilienmanagement, in den Departementen und in der IT. Dabei gilt es aus Sicht der RPK sicherzustellen, dass die Gesamtausgaben unter Kontrolle bleiben. Dies gilt namentlich in Bezug auf die Kosten bei den Schulsekretariaten. Die RPK weist zudem darauf hin, dass in mehreren Dienstabteilungen Stellen für das Beschaffungswesen geschaffen worden sind. Der RPK ist allerdings unklar, wo die Abgrenzung zur zentralen Beschaffung erfolgt. Aus Sicht der RPK gilt es sicherzustellen, dass diese Stellen mit der zentralen Beschaffung eng abgestimmt und dass Doppelspurigkeiten und Ineffizienzen vermieden werden. Die Mehrheit der RPK stimmt dem Budget wie auch den Produktegruppen-Globalbudgets für das Jahr 2019 zu, eine Minderheit lehnt beide Budgets ab. Den Anträgen des Stadtrats zur Übertragung der pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohnsystem und auf Festlegung des Steuerfusses auf 119 Prozent stimmt eine Mehrheit zu. Eine Minderheit beantragt eine Senkung des Steuerfusses auf 116 Prozent.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 682/2018–687/2018)

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

682. 2018/488
Erklärung der SP-Fraktion vom 12.12.2018:
Budget 2019 und FAP 2019–2022

Namens der SP-Fraktion verliest Florian Utz (SP) folgende Fraktionserklärung:

Sozial, ökologisch, verantwortungsvoll:
Ein Budget im Interesse der Bevölkerung

Mehr bezahlbare Wohnungen, höhere Wintermantelzulagen, mehr Grünräume, mehr Integrationsklassen und keine leichtfertige Gebührenerhöhung in den Pflegezentren: Das Budget 2019 setzt klare Akzente. Es ist ein Budget im Interesse der Bevölkerung.

Diesen Frühling haben die Zürcherinnen und Zürcher eine rot-grüne Regierung und ein rot-grünes Parlament gewählt. Damit haben uns die Stimmberechtigten einen klaren Auftrag für eine soziale und ökologische Politik gegeben. Das Budget 2019 muss diesem Auftrag gerecht werden. Und es wird diesem Auftrag gerecht.

Der Stadtrat hat ein gutes Budget vorgelegt. Er gleist wichtige Verbesserungen auf, namentlich für das städtische Personal. Gleichzeitig sieht das stadträtliche Budget einen deutlichen Ertragsüberschuss vor. Das zeigt einmal mehr in aller Klarheit: Die rot-grüne Finanzpolitik funktioniert.

So sehr das stadträtliche Budget insgesamt überzeugt, so sehr sind im Einzelnen noch Verbesserungen zu Gunsten der Bevölkerung möglich. Die SP ist froh, dass bei dieser Budgetdebatte viele solche Verbesserungen eine Mehrheit finden:

- Höhere Abschreibungsbeiträge an die Stiftung PWG ermöglichen die Schaffung von mehr bezahlbaren Wohnungen.
- Die Erhöhung der Wintermantelzulage lässt auch Menschen mit wenig Geld an Zürichs Erfolg teilhaben.
- Durch das Nein zu höheren Gebühren in den Pflegezentren – insbesondere bei der Akut- und Übergangspflege – werden Menschen aus dem Mittelstand in schwierigen Zeiten entlastet.
- Die Schaffung von mehr Grünräumen trägt dazu bei, dass Zürichs hohe Lebensqualität trotz Verdichtung erhalten bleibt.
- Verschiedene verkehrspolitische Anträge sorgen dafür, dass sichere Velorouten erstellt werden und die Menschen vor übermässigem Strassenlärm geschützt werden.
- Und die Erhöhung der Berufsvorbereitungsklassen stellt sicher, dass spät zugezogene junge Menschen rasch in die Berufswelt einsteigen können.

Gemeinsam mit verschiedenen Partnerinnen und Partnern – mit Grünen und AL, aber beispielsweise beim Grünraum auch mit den Grünliberalen oder beim Wintermantel mit dem Freisinn – sorgen wir dafür, dass Zürich ein noch besserer Ort wird – ein Ort, wo alle Menschen in Würde leben können, bezahlbare Wohnungen finden und eine hohe Lebensqualität geniessen. Und weil wir wissen, dass es nicht allen Menschen so gut geht wie uns in Zürich – und weil wir davon überzeugt sind, dass Wohlstand auch mit Verantwortung einhergeht –, erhöhen wir mit diesem Budget auch die Entwicklungshilfe.

All diese Verbesserungen setzt die SP mit finanzpolitischem Augenmass um – alle Verbesserungen zusammen machen weniger als ein Steuerprozent aus. Das ist uns wichtig, zumal in den nächsten Jahren die „Steuervorlage 17“ droht, welche Steuerausfälle in noch unbekanntem Ausmass bringen wird. Gerade weil hier Unklarheiten bestehen, hält die SP auch am heutigen Steuerfuss fest. Zürich braucht beim Steuerfuss nicht ein Rauf und Runter, sondern Stabilität und Verlässlichkeit.

683. 2018/489
Erklärung der FDP-Fraktion vom 12.12.2018:
Budget 2019 und FAP 2019–2022

Namens der FDP-Fraktion verliest Michael Schmid (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Der Stadtrat muss endlich sein Versprechen einhalten

Der rot-grüne Stadtrat spricht von Wachstum, aber zögert Entlastungen hinaus

Die FDP ist nicht besonders beeindruckt über das vom Stadtrat budgetierte Plus von 40,4 Millionen Franken für das Budget 2019. Das Plus kann darüber hinwegtäuschen, dass die Ausgabendisziplin und die Zukunftseinschätzung des Stadtrats nach wie vor zu wünschen übriglassen.

Der Stadtrat, angeführt von der Stadtpräsidentin, verpasst keine Gelegenheit, immer wieder positiv auf das Wachstum der Stadt Zürich aufmerksam zu machen. Auch die FDP befürwortet dieses Wachstum, verbunden mit dem Zuwachs des Wohlstands für die Bürgerinnen und Bürger. Tatsächlich sind in den letzten Jahren das verfügbare Einkommen der Zürcherinnen und Zürcher, die Beschäftigungszahlen und die Anzahl Arbeitsplätze gestiegen.

Dieser positiven Entwicklung steht aber die mangelnde Ausgabendisziplin des Stadtrats gegenüber. Dies zeigt sich deutlich an den Zahlen des Budgets 2019 und am Finanz- und Ausgabenplan 2019-2022. Das starke Bevölkerungswachstum müsste dazu führen, dass die Nettoschuld der Gemeinde Zürich sinkt. Doch das Gegenteil ist der Fall. Die Nettoschuld pro Einwohnerin und Einwohner steigt von CHF 9'988 gemäss

Budget 2018 auf satte CHF 15'123 im Jahr 2022. Der Stadtrat nimmt also einen Anstieg der Nettoschuld pro Person von mehr als 50% innerhalb von nur fünf Jahren in Kauf. Das ist für die FDP nicht akzeptabel.

Wie in den vergangenen Jahren nimmt der Stadtrat die zusätzlichen Steuereinnahmen, die aus dem wirtschaftlichen Erfolg Zürichs resultieren und verwendet sie für das ungebremste Wachstum der städtischen Aufgaben. Dies nicht immer mit spürbarem Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger.

Der Stadtrat mag einwenden, dass im Budget 2019 die Ausgaben zurückgegangen seien. Dieser Eindruck täuscht jedoch. Durch Einführung des neuen Rechnungslegungsmodells HRM2 wurden verschiedene Ausgabe-Positionen auf dem Papier reduziert. So werden gewisse Posten, die früher als Ausgaben galten, heute als Investitionen gebucht. Auch die Abschreibungssätze haben geändert, mit einem entsprechenden Einfluss auf die Gesamthöhe der städtischen Ausgaben.

Der Gemeinderat kann nur hier und da einzelne Korrekturen am Budget vornehmen. Doch eine grundsätzlich andere Finanzpolitik aufzugleisen, welche die Dynamik des Bevölkerungswachstums nutzt, um eine finanzielle Entlastung der Bevölkerung zu erreichen, kann nur der Stadtrat vollziehen.

Die letzten Steuersenkungen in der Stadt Zürich liegen mehr als zehn Jahre zurück. 2001, 2002 und 2008 wurden die Steuern in der Stadt Zürich zuletzt gesenkt und zwar bei einer markant angespannteren Situation der Stadtfinanzen. Der mehrheitlich rot-grüne Stadtrat zögert eine Steuersenkung immer wieder hinaus, immer mit anderer Begründung. Für die FDP ist der Zeitpunkt überfällig, die Steuern von 119 % um 3 Prozentpunkte auf 116 % zu senken.

Die FDP fordert den Stadtrat auch auf, die künftigen Budgets der Stadt Zürich so zu planen, dass die Bürgerinnen und Bürger durch das Wachstum der Stadt Zürich nicht zusätzlich belastet, sondern entlastet werden. Ziel muss es sein, dass in den nächsten Jahren der Steuerfuss gesenkt werden kann und die Nettoschuld pro Einwohner sinkt, anstatt steigt.

684. 2018/490

Erklärung der SVP-Fraktion vom 12.12.2018: Budget 2019 und FAP 2019–2022

Namens der SVP-Fraktion verliest Elisabeth Liebi (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Der Schein trügt

Die Euphorie im Lager der rot-grünen Fraktionen ist gross. StR Daniel Leupi präsentiert ein kleines Plus im Budget. Für uns kein Grund zu jubeln. Man bedenke, dass wir uns zurzeit in einer Hochkonjunktur befinden und die Steuergelder in grossen Mengen in die Stadtkasse fliessen. Trotz des Goldgeldregens zeigt das Budget nur einen kleinen Überschuss von rund 40 Mio. Fr. Dies ist eindeutig zu wenig bei diesen geplanten Rekorderlösen. Es werden noch höhere Fiskalerträge für 2019 erwartet als in den Rekordjahren 2016 und 2017. Sollten diese Rekorderlösen nicht eintreten, wird die Stadt ein tiefes Ergebnis erzielen. Wie schnell eine Veränderung eintreten kann, zeigte uns der Sturzflug der Flughafenaktie drastisch vor. In knapp 17 Monaten ist ein Verlust von über 100 Millionen Fr. zu verzeichnen. Dafür ernten der zuständige Stadtrat Daniel Leupi und der Gesamtstadtrat kein Lob von uns.

Bleiben wir beim kleinen Plus des Budgets 2019. Was nun? Wohin mit dem Überschuss? Eine seit Jahren geforderte Massnahme der SVP ist endlich um zu setzen. Das Zauberwort heisst, Steuersenkung! Doch weit gefehlt! Statt die ganze Bevölkerung und das Gewerbe zu belohnen, die Jahr für Jahr Ihre Steuern in die Zürcher Stadtkasse einzahlen, ihren Teil damit an den Wohlstand der Stadt beitragen, geschieht was? Der Stadtrat spielt Weihnachtsmann. Als erstes werden Bonuszahlungen geleistet. Zusätzlich werden erneut mehr Stellen geschaffen. Die Stellenexplosion ist eindrücklich. In der Rechnung 2017 hatten wir 20946 Stellen und für 2019 sind es nun schon 21801, ein Zuwachs von 855 Stellen. Ein Vergleich: Die Firma SOCAR beschäftigt 800 Mitarbeitende in der gesamten Schweiz. MAN Diesel & Turbo mit 800 Mitarbeitende am Standort Zürich oder die Firma SABAG mit 800 Mitarbeitende an 23 Standorten. Dieses Wachstum ist ein Hohn gegenüber den Steuerzahlenden der Stadt Zürich. Eine weitere Überheblichkeit der Links-Grünen Stadtregierung.

Man bedenke. Im heutigen Zeitalter der Digitalisierung und Automatisierung, sollten die Stellen langsam rückläufig zu Buche stehen. Doch das Gegenteil ist der Fall. Die Verwaltungen blähen sich gegenseitig stetig noch mehr auf. Ein Paradebeispiel, die Abteilung Kultur.

Im Präsidialdepartement werden in den nächsten Jahren die Ausgaben fast ins Uferlose steigen. Für das Jahr 2019 belaufen sich die Förderbeiträge auf rund 110 Mio. Fr. Im Jahre 2022 stehen sie bereits bei rund 117 Mio. Fr. Das nächste Sorgenkind heisst Gesamtverwaltung. Die Lohnmassnahmen betragen 10,5 Mio. Fr. Im Jahr 2022 bereits bei 64,8 Mio. Fr. Ab dem Plan Jahr 2020 sind jährliche Mehrkosten von 9,9 Mio. Fr. eingeplant. Grund: Personalmassnahmen (ZVV Netz-PassZone, Förderung Velomobilität). Angemerkt, zusätzlich zu den Bonuszahlungen ein weiteres „Zückerli“ mehr auf Kosten der Steuerzahler.

Das erwähnte zeigt nur einen kleinen Teil der heutigen und zukünftigen Ausgaben auf. In diversen Berei-

chen kann und muss man das Ausgabenwachstum stoppen. Wir von der SVP fordern für alle Bürgerinnen und Bürger, wie auch für das Gewerbe der Stadt Zürich, eine Steuersenkung von 3%. Diese Forderung ist sicherlich umsetzbar. Es wird endlich Zeit, die Bevölkerung, das Gewerbe und die Wirtschaft zu entlasten.

685. 2018/491
Erklärung der Grüne-Fraktion vom 12.12.2018:
Budget 2019 und FAP 2019–2022

Namens der Grüne-Fraktion verliest Felix Moser (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Erfolg für eine grüne Finanzpolitik

Die Finanzen der Stadt Zürich sind seit mehreren Jahren stabil. Das Budget 2019 ist ausgeglichen – bei den dringend nötigen Personalmassnahmen können sogar Kürzungen der vergangenen Jahre rückgängig gemacht werden. Die grossen Defizite sind Geschichte, grün-rote Politik funktioniert auch bei den Finanzen. Die Herausforderungen aber bleiben bestehen: Die wachsende Stadt und die damit verbundenen Investitionen sowie die drohenden Steuerausfälle wegen kantonalen und nationalen Vorlagen.

Das Budget 2019 steht im Zeichen der Transformation: Einerseits wird das Rechnungsmodell von HRM1 auf den heutigen Standard HRM2 umgestellt, andererseits können dank der stabilen Finanzlage einige Kürzungen vergangener Jahre rückgängig gemacht werden.

Die Umstellung auf HRM2 führt dazu, dass das aktuelle Budget nicht mit den Vorlagen vergangener Jahre vergleichbar ist. Die neuen Regelungen bezüglich Bewertung der Immobilien sowie bezüglich Investitionen und Abschreibungen beeinflussen das Ergebnis positiv, das bedeutet aber nicht, dass die Stadt nun sorglos Geld ausgeben oder Steuern senken kann.

Die Grünen stehen hinter der Budget-Vorlage des Stadtrates und sehen wenig Bedarf für zusätzliche Anträge. Die angekündigten Personalmassnahmen begrüssen wir sehr, hat das Personal in den letzten Jahren doch einige Kürzungen durch die bürgerliche Mehrheit im Gemeinderat hinnehmen müssen.

Das anhaltende Wachstum bedingt zusätzliche Investitionen. Dies nicht nur bei den Bauten, sondern auch bei städtischen Aufgaben und Angeboten. Mit punktuellen Anträgen für zusätzliche Stellen bei den Schulen und im Sozialdepartement wollen wir hier einen drohenden Qualitätsabbau verhindern.

Die Budgetdebatte 2019 ist für uns daher eine unaufgeregte Sache. Die Vorlage des grünen Finanzministers ist tadellos, die langfristige und konstante Steuer- und Ausgabenpolitik der grün-roten Mehrheit solide. Die längerfristigen Prognosen dagegen sind durchgezogen. Das hohe Investitionsvolumen ist nach wie vor eine Knacknuss. Von Seiten Kanton und Bund ist klar, dass weitere Belastungen auf die Stadt zukommen werden, insbesondere bei der Steuervorlage 17 und der aktuell ungenügenden Ausgestaltung des Mehrwertausgleichs. Daher muss mit Steuerausfällen gerechnet werden – wie die Stadt diese kompensieren kann, ist offen. Es zeigt sich einmal mehr, dass die Stadt keine Insel ist. Der unverantwortliche Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen und die gescheiterte bürgerliche Finanzpolitik in Zürich, die immer mehr Lasten auf die Kommunen verschiebt, machen unsere Zukunft unsicher. Experimenten beim Steuerfuss erteilen wir daher eine klare Absage.

686. 2018/492
Erklärung der GLP-Fraktion vom 12.12.2018:
Budget 2019 und FAP 2019–2022

Namens der GLP-Fraktion verliest Shaibal Roy (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Ja zu Digitalisierung und Innovation mit fokussiertem Ressourceneinsatz

Der Stadtrat budgetiert für 2019 erstmals seit Jahren wieder ein Plus von 40,4 Millionen Franken. Dieses an sich positive Budget basiert abermals auf hohen Steuererträgen und auf einmaligen Sondereffekten durch die neuen Rechnungslegungsvorschriften. Der Stadtrat weiss gar nicht wie ihm geschieht, kann er doch die kumulierten positiven Effekte selber gar nicht genau quantifizieren, nimmt diese aber gerne für ein Budget-Plus in Anspruch.

Die Prognosen des Stadtrats zeigen ab 2020 bis 2022 bereits ohne Berücksichtigung der wohl insgesamt stagnierenden Steuererträge nach Steuervorlage 17 wieder hoch defizitäre Jahresergebnisse. Von den vorgesehenen Massnahmen im Personalbereich begrüsst die GLP die fortschrittlichen Massnahmen für Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die ab 2020 vorgesehenen zusätzlichen Personalmassnahmen wird sie aber sehr genau prüfen, wenn die entsprechenden Vorlagen zu Anpassungen des Personalrechts im

Gemeinderat behandelt werden.

Die von der GLP geforderte und nun vorgestellte Smart City Strategie benötigt nun auch einen fokussierten Ressourceneinsatz zugunsten der Digitalisierung und Innovation.

Für 2018 rechnet der Stadtrat wiederum mit einem positiven Rechnungsabschluss, jedoch holt der aktuelle Tiefflug der Flughafenaktie einen Teil der verbuchten Vorjahresgewinne zurück. Die Rechnung 2018 wird – Stand heute – mit wohl gegen 90 Millionen Franken belastet werden. Auf den vom Stadtrat beschlossenen Übertrag ins Verwaltungsvermögen der Aktie hat dies den positiven Effekt, dass das künftige Aufwertungspotential auf den tieferen buchhalterischen Anschaffungswert limitiert wird. Gleichzeitig reduziert sich das Finanzvermögen und die Nettoschuld steigt an. Wohl nicht zuletzt deshalb wurden vorgestern weitere 150 Millionen Franken am Kapitalmarkt aufgenommen.

Zurück zum prognostizierten Ertragsüberschuss von über 40 Millionen Franken für 2019 sowie ein auf rund 1,2 Milliarden Franken anwachsendes Eigenkapitalpolster. Dies scheint dem Stadtrat Grund genug nicht nur die Lohnmatrix wieder mit Faktor 1,0 anzupassen, sondern auch noch ab 2020 ein sehr weitgehendes Personalmassnahmenpaket vorzuschlagen. Die Grünliberalen werden dieses sehr genau prüfen. Die Massnahmen für Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind dabei für einen progressiven Arbeitgeber durchaus opportun.

Der Finanz- und Aufgabenplan für die Planjahre 2020-2022 zeichnet jedoch ein düsteres Bild: Schon im nächsten Jahr 2020 dreht das Budget und ab 2021 resultieren deutliche Aufwandüberschüsse von 46,9 Millionen respektive von 94 Millionen Franken ab 2022. Die negativen Effekte der Steuervorlage 17, welche sicherlich Ertragsminderungen im hohen zweistelligen Millionenbereich nach sich ziehen werden, sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt. Der Stadtrat schreibt zwar von der Notwendigkeit hoher Ausgabendisziplin; die Möglichkeiten für Aufwandssenkungen glaubt er jedoch im gleichen Zug bereits weitgehend ausgeschöpft zu haben.

Aus Sicht der GLP ist das Ausgabenwachstum auf Basis einer attraktiven und wachsenden Stadt insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Bildung, Kinderbetreuung sowie beim öffentlichen Verkehr nachvollziehbar und unterstützungswürdig. So werden auch die sanierungsbedürftigen Spitäler das aktuelle Budget sowie in den Planjahren den städtischen Haushalt signifikant belasten. Umso mehr muss dem Eigenkapital Sorge getragen werden und mit der nötigen Kostendisziplin alles daran gesetzt werden, die Planjahre mit ausgeglichenen Budgets zu planen. Eine wachsende Stadt fordert freilich einen hohen Investitionsbeitrag. Die Stadt sollte hier mit Augenmass vorgehen. In diesem Sinne werden die Grünliberalen weiterhin auf Verzicht des Züri Finish pochen und effiziente, rasche Umsetzungsmassnahmen beispielsweise mit neuen Ansätzen bei Schul- und Sportbauten unterstützen.

Bei den Steuereinnahmen darf die Stadt über die nächsten Jahre bei den natürlichen Personen mit leicht steigenden Einnahmen rechnen. Bei den juristischen Personen zeichnet sich für 2018 zwar noch ein deutliches Plus von 35,4 Millionen Franken ab, danach stagnieren diese jedoch weitgehend bis 2022. Die 3 Milliarden-Grenze bei den Steuereinnahmen wird 2019 mit 2,962 Milliarden Franken noch nicht geknackt und voraussichtlich nach Berücksichtigung der Steuervorlage 17 auch nicht in den Planjahren. Gleichzeitig ist die Desinvestitionsphase in der Finanzbranche und somit der absolute Höhepunkt bei den Grundstückgewinnsteuern der letzten Jahre nun definitiv vorbei. Sie werden sich um rund 50 Millionen Franken weniger bei 220-230 Millionen Franken einpendeln. Nur mit mangelnder Weit- oder Einsicht kann man angesichts dieser Stagnation von Steuereinnahmen und gleichzeitig steigendem Investitionsbedarf eine Steuersenkung fordern. Die GLP steht für eine nachhaltige Standortattraktivität und Steuerstabilität, auf welche sich die wachsende Stadtbevölkerung und Unternehmen verlassen wollen und dürfen.

Mit der von der GLP geforderten und nun vom Stadtrat präsentierten Smart City Strategie ergeben sich viele Chancen für eine attraktive und wachsende Stadt. Die starke Ertragsbasis gilt es daher in diesem Sinne effizient zu nutzen. Die GLP glaubt an die Innovationskraft und das Potenzial der digitalen Transformation und fordert gleichzeitig einen fokussierten Ressourceneinsatz zugunsten der Digitalisierung und ordnet hierfür OIZ eine zentrale Koordinationsrolle zu.

Wir stellen uns den Herausforderungen und packen die Zukunft jetzt an!

687. 2018/493
Erklärung der AL-Fraktion vom 12.12.2018:
Budget 2019 und FAP 2019–2022

Namens der AL-Fraktion verliest Andreas Kirstein (AL) folgende Fraktionserklärung:

Keine Zeit für Kapriolen

Wer nur auf den Saldo schaut, verkennt die Lage. Die Herausforderungen bleiben gross.

Trotz stagnierender Steuereinnahmen und steigender Ausgaben bei Löhnen, Bildung und Sozialem konnte der Stadtrat - zum ersten Mal seit Jahren - ein Budget mit einem Einnahmenüberschuss vorlegen. Gründe

dafür sind die in den letzten Jahren gebildeten Rückstellungen für den kantonalen Finanzausgleich sowie die neuen Rechnungslegungsvorschriften. Wegen des Verzichts der Stadt Zürich auf eine Neubewertung des Verwaltungsvermögens kann allein schon die Immo auf einem Konto flotte 45 Millionen tiefere Abschreibungen budgetieren.

Genau beziffern lassen sich die Gesamtauswirkungen der neuen Rechnungslegungsvorschriften auf das Budget 2019 zwar nicht. Einfache Hochrechnungen zeigen jedoch, dass sie deutlich über 100 Millionen Franken liegen. Weil diese HRM2-Dividende im Wesentlichen auf neuen Aktivierungs- und Abschreibungsregeln basiert, wird sie nach 2020 aber auch rasch wieder wegschmelzen. Deshalb ist ein Antrag (wie jener der FDP) auf Senkung des Steuerfusses (um 3 Prozent) nichts als eine Kapriole jenseits jeglicher finanzpolitischer Vernunft.

Aber auch ohne solche Irrtümer bleibt die Zukunft herausfordernd. Neben den geplanten Lohnmassnahmen fallen vor allem der ungebremste Anstieg der kommunalen Aufwendungen für die Pflege und die steigenden Ausgaben in der Volksschule ins Gewicht. Um den Raum für die wachsende Zahl der Schülerinnen und Schüler bereitzustellen zu können, müssen die Investitionsausgaben kurzfristig um 50 bis 80 Millionen Franken pro Jahr erhöht werden. Mittelfristig werden die Zukunftsinvestitionen für die Tagesschule die Stadtkasse belasten – dies nicht zuletzt deshalb, weil sich der für die Bildung verantwortliche Kanton bei der Weiterentwicklung der Volksschule bisher aus der finanziellen Verantwortung gestohlen hat.

Sollte der Kanton nicht daran gehindert werden können, im Jahr 2019 die vorgeschlagene Senkung des Unternehmenssteuersatzes um einen Viertel zu beschliessen, könnten in diesem Saal bereits in einem oder zwei Jahren wieder Steuererhöhungen und Leistungskürzungen zum Thema werden. Auch deshalb tut gut daran, wer bei dieser Budgetdebatte auf Kapriolen verzichtet und stattdessen alles daran setzt, die nötigen Mittel zu sichern, die den Kommunen durch Fehlentscheide des Bundes und des Kantons entzogen werden - für die Finanzierung einer zukunftsfähigen Volksschule und für alle bezahlbarer und zuverlässiger Gesundheitseinrichtungen.

Persönliche Erklärung:

Ernst Danner (EVP) hält eine persönliche Erklärung zum Budget 2019 und dem FAP 2019–2022.

681. 2018/352

Weisung vom 19.09.2018:

Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan (FAP) 2019–2022

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Die folgenden Sätze sind aus dem Städtemonitoring von Avenir Suisse. Darin steht: «Die Führung des Staatshaushalts lässt in der Stadt Zürich wenig zu wünschen übrig. Die Laufende Rechnung ist in der Regel ausgeglichen und es wird genügend investiert.» So etwas ist natürlich Musik in den Ohren eines Finanzvorstehers. Für den Stadtrat ist diese Bewertung Ausdruck einer bewusst betriebenen und langfristig orientierten Finanzpolitik. Dies gilt natürlich für die Gesamtpolitik, wovon die Finanzpolitik nur eine Funktion ist. Für uns bedeutet dies, dass wir ein mittelfristig ausgeglichenes Rechnungsergebnis haben – und die Betonung liegt auf mittelfristig. Weiter wollen wir unser Eigenkapital sichern und damit unsere Investitionen ohne Hau-Ruck-Übungen tätigen. Und zuletzt streben wir eine konstante und berechenbare Steuerpolitik an. Ich sage das wahrscheinlich jedes Jahr, weil man an der Spitze der Finanzpolitik langfristig denken muss. Der Stadtrat will auch im kommenden Jahr das Hauptziel einer attraktiven Stadt für die gesamte Bevölkerung, die Unternehmen und weitere Anspruchsgruppen anstreben. Dazu gehören eine gesicherte Infrastruktur und Dienstleistungen, wie sie die Bevölkerung erwartet. Besonders gewachsen ist die Bevölkerungsgruppe der Vierjährigen: Während die Gesamtbevölkerung seit 2011 um neun Prozent zugelegt hat, haben wir heute 25 Prozent mehr Vierjährige. Was das für Turnhallen, Schulplätze und Lehr- und Verwaltungskräfte bedeutet, muss ich Ihnen nicht mehr vorrechnen. Dieses Wachstum macht Spass und ist anspruchsvoll. Diese Wachstumsaufgaben trägt die Stadt Zürich nicht alleine: Ich habe eine*

Zusammenstellung der Steueranpassungen der Gemeinden im Kanton Zürich erstellen lassen. Da gibt es sowohl Steuererhöhungen wie -senkungen, doch es sind mehr Gemeinden, die die Steuern erhöht haben – zum Teil mit einem Wert deutlich über jenem der Gemeinden, die Steuern senken konnten. Daraus kann man schliessen, dass dieses Wachstum nicht nur für die Stadt Zürich, sondern auch für den Agglomerationsring ein Thema ist. Zürich ist steuertechnisch relativ attraktiver geworden, weil man die Steuern seit Jahren nicht mehr erhöhen musste. Das Budget ist das erste nach HRM2 erstellte, das HRM1 aus den 1980er-Jahren ablöste. Diese Umstellung hat einen grossen Aufwand verursacht, darum geht mein Dank an die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, insbesondere an jene der Finanzverwaltung. HRM2 wird von der kantonalen Gesetzgebung vorgegeben und ist Teil einer schweizweiten Entwicklung. Es bringt folgende Veränderungen mit sich: eine höhere Transparenz, lineare statt degressive Abschreibungen, Vorschriften zur Führung einer Anlagenbuchhaltung, das True-And-Fair-View-Prinzip und anderes. Dies hat unter anderem den Effekt, dass wir alleine bei den Abschreibungen in den kommenden Jahren 80 Millionen Franken weniger Aufwand haben als in früheren Jahren, in denen schneller abgeschrieben wurde. Dies merkt man insbesondere in Zeiten, in denen viel investiert wird. Da aber schlussendlich jeder investierte Franken wieder abgeschrieben werden muss, werden diese Aufwände in den nächsten Jahren wieder steigen. Zum Thema Personal: Zum Pauschalabzug werde ich mich detailliert äussern, wenn der entsprechende Antrag gestellt wird. Mir geht es zuerst um die allgemeinen Aussagen, die bis jetzt gemacht wurden. Es gibt verschiedene Gründe, warum die Stadt Zürich ein Stellenwachstum hat, unter anderem etwa, weil immer mehr Leute in dieser Stadt leben. Im Grossen und Ganzen findet das Stellenwachstum deshalb statt und dort kann man nicht rationalisieren – ausser Sie wollen den Schulunterricht durch Roboter erbringen lassen. Mehr Schulklassen bedeuten mehr Lehr- und Betreuungspersonen. Dieser Mechanismus greift auch im Gesundheitswesen. Das Wachstum findet auch in der engeren Verwaltung statt, aber es liegt ganz klar unter dem Bevölkerungswachstum – auch wenn das immer wieder anders behauptet wird. Dazu zitiere ich nochmals die Avenir-Suisse-Studie: «Die Entwicklung der Verwaltungskosten ist über alle Städte hinweg ausgeglichen. Auch Zürich weist eine Kostensenkung aus. Zürich konnte innerhalb des Beobachtungszeitraums von fünf Jahren beinahe fünf Stellen pro Tausend Einwohner einsparen.» Das angeblich grosse Wachstum findet also nicht statt. Beim Steuerfuss hat die Stadt Zürich eine langjährige Praxis, diesen nicht alle zwei oder drei Jahre anzupassen, wie es gerade nötig scheint – in den letzten 25 Jahren hatten wir nur zwei oder drei Anpassungen. In Anbetracht von nationalen und kantonalen Entwicklungen ist es wenig sinnvoll jetzt den Steuerfuss zu senken, um ihn später wieder anheben zu müssen, wie es bei den umliegenden Gemeinden nötig war. Es geht auch nicht auf, zu fordern, man müsse die Fremdverschuldung abbauen und gleichzeitig den Steuerfuss senken. Zur Laufenden Rechnung werde ich wegen der Flughafenaktien – auf die wir keinen Einfluss haben – keine konkrete Zahl nennen. Wir müssen den Sondereffekt einfach hinnehmen: So wie der Kurs letztes Jahr aufwärts ging, ging es dieses Jahr hinunter. Trotzdem werden wir im mittleren zweistelligen Bereich positiv abschliessen, womit das Eigenkapital stabil bleiben wird.

Kommismissionsmehrheit/-minderheit zum Budget und FAP sowie zum Änderungsantrag FAP:

Raphaël Tschanz (FDP): *Die Wirtschaft brummt, die Steuereinnahmen sprudeln, die Arbeitslosigkeit sinkt, die Zinsen bleiben tief, die Aussichten für 2019 sind gut, es herrscht Zuversicht. Man muss bis ins Jahr 2007 – also vor der Finanzkrise – zurückgehen, um einen ähnlich hohen Saldo zu finden. Das Budget 2007 wurde mit einem Ertragsüberschuss von 46 Millionen Franken veranschlagt – allerdings um 1,5 Milliarden Franken tiefer und klar nicht in Proportion zur Bevölkerung. Das Budget ist*

seither stärker gewachsen als die Bevölkerung. Aufgrund der Umstellung auf HRM2 gibt es verschiedene Faktoren, die das Budget positiv beeinflussen: Der Verzicht auf die Aufwertung des Verwaltungsvermögens führt zu tieferen Abschreibungen und bei der IMMO zu einer Ergebnisverbesserung von 70 Millionen Franken. Daneben gibt es weitere Sondereffekte. Angesichts des wirtschaftlichen Umfelds und der Umstellung auf HRM2 kann man sich zu recht fragen, ob nicht mehr drin gelegen wäre. Vor diesem Hintergrund ist das Budget 2019 ausgeglichen. Dennoch geht die Minderheitsforderung, die Kenntnisnahme des FAP abzulehnen, für die Mehrheit der RPK zu weit.

Peter Schick (SVP): *Die SVP lehnt das Budget und das Globalbudget ab und nimmt den FAP ablehnend zur Kenntnis. Der nach Novemberbrief budgetierte Einnahmenüberschuss von 35 Millionen Franken ist zu wenig, weil die Wirtschaftslage rekordverdächtig und immer noch steigend ist und die Steuereinnahmen auf Rekordniveau sprudeln. Das Personalwachstum nimmt zu, die Investitionen steigen von 1 auf 1,3 Milliarden Franken und die Schulden steigen auch wieder. Aus diesem FAP können wir nicht erkennen, wie der Stadtrat in den nächsten Jahren den steil ansteigenden Aufwand begrenzen möchte. Dies bedeutet für die nachfolgenden Generationen, dass das Eigenkapital sehr schnell aufgebraucht sein wird. Dies, weil das Bevölkerungswachstum weiter steigt und die Stadt das entsprechende Angebot bereitstellt. Dies muss durch steuerzahlende Anwohner und Gewerbe finanziert werden. Wir können nicht erkennen, wie das mit dem vorliegenden FAP weiter gehen soll.*

Eintreten ist unbestritten

Weitere Wortmeldungen:

Severin Pflüger (FDP): *Ich möchte mich zuerst zur genannten Studie von Avenir Suisse äussern. Sie waren überrascht, wie die Studie in der Stadt Zürich aufgenommen wurde. Sie sind nämlich durchaus der Meinung, dass diese Studie für Zürich sehr viele Defizite aufzeigt. Die untersuchten Städte liegen im Rating sehr nahe beieinander und Zürich liegt nur durch Zufall wenige Punkte vor den anderen. In den anderen Städten ist man ob dieser Studie erschrocken, in Zürich wurden nur die schmeichelhaften Sätze gelesen. Zu diesen schmeichelhaften Sätzen kam es nur wegen Faktoren, auf die die Politik kaum Einfluss hat. Zum Finanz- und Aufgabenplan der Stadt Zürich: Wir haben ein Wachstumsversprechen, das auch verspricht, dass es uns besser gehen wird. Wir spüren das auch: Dieser Stadt geht es nicht zuletzt wegen des Wachstums besser. Es herrscht Arbeitssicherheit bei steigenden Löhnen und einem steigenden Angebot an Gütern und Dienstleistungen. Es gibt aber noch einen zweiten Teil dieses Wachstumsversprechens: Die Lasten, die wir für unser Gemeinwesen und die Schwächsten tragen, werden auf mehr Köpfe verteilt und nehmen deshalb ab. Den zweiten Teil hält der FAP nicht ein. Wenn wir mehr Bürger sind, müssten die Gebühren und Steuern eigentlich sinken, weil wir die Lasten auf mehr Schultern verteilen können. Man kann natürlich sagen, dass die meisten davon Kinder sind und die kosten bloss – das stimmt, aber es sind eben nicht nur Kinder, sondern auch sehr viele Erwachsene, die da zuziehen. Man kann feststellen, dass die Bevölkerung linear, die Fremdverschuldung aber logarithmisch wächst. Die langfristigen Finanzverbindlichkeiten, das ist das, was wir am Kapitalmarkt aufnehmen, waren im Budget 2018 fünf Milliarden Franken und laut FAP werden das im Jahr 2022 sieben einhalb Milliarden Franken sein – 50 Prozent mehr. Das lässt sich auf die Bevölkerung herunterrechnen: Im Budget 2018 betrug die Verschuldung pro Einwohner 10 000 Franken. Der Kanton sagt, eine Nettoverschuldung I von 5000 Franken gilt bereits als sehr hoch. Bis 2022 steigt diese Verschuldung auf 15 000 Franken, also dreimal so viel, als der Kanton als «sehr hoch» bezeichnet.*

Florian Utz (SP): Der Stadtrat hat ein gutes Budget vorgelegt, das wir unterstützen. 35 Millionen Franken ist es im Plus und gleichzeitig wurden durch den Stadtrat bereits Verbesserungen aufgegleist. Trotzdem haben wir nach weiteren Verbesserungen gesucht und stützen uns dabei auf unsere Telefonumfragen bei der Bevölkerung. Die Steuerbelastung wird dabei kaum je erwähnt, es gibt kein Wehklagen über zu hohe Steuern, auch wurde nie erwähnt, die Stadt Zürich habe zu viel Personal. Viel häufiger fragen sich die Leute, ob sie auch dann noch eine bezahlbare Wohnung finden, wenn sie die bisherige wegen einer Sanierung verlassen müssen. Wir werden auch häufig gefragt, ob nicht die Lebensqualität sinke durch die Verdichtung beim zusätzlichen Bevölkerungswachstum. Zuletzt sorgen sich die Menschen um eine drohende Altersarmut und wie das Leben im Alter finanziert werden solle, etwa durch eine Pflegefinanzierung. Diese Sorgen sollen im jetzigen Budget aufgenommen werden. Eine Verbesserung der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen (PWG) soll eine Antwort auf die Wohnungsfrage sein. Eine Ausweitung der Grünräume soll die Lebensqualität bei zusätzlicher Verdichtung sicherstellen. Mit einem Verzicht auf eine Gebührenerhöhung bei den Pflegezentren wollen wir der Angst vor Altersarmut begegnen. Das trifft zwar nur wenige Personen, einzelne dafür sehr hart. Auch mit einer Erhöhung der Wintermantelzulage wollen wir dieser Angst begegnen. Die Begegnung dieser Sorgen soll auf eine finanzpolitisch verantwortungsvolle Art geschehen, ohne dass wir einfach die finanziellen Schleusen öffnen – auch weil Unsicherheiten in der Zukunft bestehen. Darum haben wir genau geschaut, wie teuer die erwähnten Verbesserungen sind – und jene von anderen Fraktionen, die wir unterstützen. Zusammen kosten diese weniger als ein Steuerprozent.

Alan David Sangines (SP): Sämtlichen Medien ist im Vorfeld dieser Debatte angetragen worden, die Rechte, insbesondere die SVP, hätten sich bei diesem Budget gemässigt und sich mit Anträgen zurückgehalten. Dies ist aber nur die halbe Wahrheit. Für die SVP mag diese Mässigung sogar stimmen, die Freisinnigen scheinen aber bei diesem Budget ausser Rand und Band zu sein. Die FDP sagt in den Medien, sie würde mit Nadelstichen gewissen Prioritäten setzen. Schauen wir doch einmal, was das für Prioritäten sind. Etwa beim Antrag 11 zu den Deutschkursen für Migrantinnen und Migranten: Die Wortwahl der Begründung erinnert an die SVP mit «keine freiwilligen Kürsli auf Kosten der Steuerzahler» oder «Was nichts kostet, ist offenbar auch nichts wert». Während die Medien erwähnen, dass die SVP der Fachstelle für Gleichstellung nicht mehr das ganze Geld streichen möchte, findet sich tatsächlich ein FDP-Antrag, der diese Fachstelle ganz abschaffen möchte. Während die SVP bei der Entwicklungshilfe lediglich sagt, dies sei keine kommunale Aufgabe, bezeichnet die FDP die Entwicklungshilfe gar als kontraproduktiv. Auch im Schulbereich, wo die FDP immerhin noch Präsidien stellt, macht sie Vorschläge, die auf eine schlechte Prioritätensetzung hinweisen – etwa, dass man eine halbe Million Franken sparen könne, wenn die Kinder ihre Bücher selber einbinden. Das Schulleitungssekretariat, das die Schulen seit Jahren fordern, bezeichnet die FDP als «Verbürokratisierung der Volksschule». In weiteren Anträgen spricht sie von unnötigem Luxus in den Tagesschulen oder von Krücken zur Behebung von Problemen der schulischen Integration. Beim Waidspital will die FDP 4,5 Millionen Franken einsparen, obwohl bereits enorme Sparanstrengungen unternommen werden und Personal abgebaut wurde. Gleichzeitig sollen Gelder für ein Werbeetat gesprochen werden, damit das Waid eine Charmeoffensive fahren kann. Ganz nach dem Motto: Fahren wir das Spital doch an die Wand und malen was übrig bleibt noch goldig an. Diese Vorstösse sind keine Nadelstiche, sondern ein Vorgehen mit dem Vorschlaghammer. Im Gegensatz dazu hat die SP in diesem schon guten Budget mit verschiedenen Partnern Akzente gesetzt.

Peter Schick (SVP): Ich will vor allem über den FAP sprechen, der schönfärberisch

geschrieben ist. An den kommenden Probleme sollen andere Schuld sein, vor allem Bund, Kanton, das Ausland und die Bevölkerung, die in die Stadt zuwandert – nur nicht der links-grüne Gemeinderat, der mit stetig neuen Aufgaben an den Stadtrat gelangt, die dieser natürlich gerne entgegen nimmt und umsetzt. Im Kapitel «Einflussfaktoren finanzielle Entwicklung» gibt es drei Themen, die wohl bei all den kommenden Vorstössen durchgewunken werden und zu hohen Investitionskosten führen: Wachsen der Stadt gleich mehr Infrastrukturbauten, 2000-Watt-Gesellschaft und die Einführung von Tagesstrukturen im Schulamt – wo das grösste Stellenwachstum stattfindet. Dann gibt es noch die Leuchtturmprojekte, die die Stadt vorantreiben möchte. Zum Beispiel in der Kunst und im Kulturangebot – auch in den Tagesschulen – oder die Velowege. Mir kommt es vor, als wolle man die Stadt als Stadt der Städte auf der Landkarte präsentieren, so dass sie eine enorme Anziehungskraft auf Zuzüger ausübt. Dabei geht das Gewerbe vergessen, das Steuereinnahmen generiert und die Stadt Zürich zunehmend verlässt. Wir haben zuvor festgestellt, dass die Einnahmen der natürlichen und juristischen Personen auf Rekordniveau sind, aber wird das so weiter gehen? Der dritte Einnahmeposten, die Grundstückgewinnsteuer, wurde vorsichtshalber 50 Millionen Franken tiefer budgetiert. Dies ist ein erstes Anzeichen, dass die Grundstücke nicht mehr so häufig die Hand wechseln. Wahrscheinlich folgen darauf auch die Steuereinnahmen bei den juristischen und natürlichen Personen mit einem Rückgang. Dann hat die Stadt ein Problem: Zwar hat sie noch ein stattliches Eigenkapital von mehr als einer Milliarde Franken, aber die fortlaufend dem Stadtrat präsentierten Aufgaben werden dieses Eigenkapital sehr schnell aufbrauchen. Es ist nun an der Zeit, dass man der ganzen Stadt mit einer Steuersenkung etwas zurück gibt und nicht nur einem kleinen Teil, der von subventionierten Wohnungen et cetera profitiert. Der Schuldenberg bei den Stadtspitälern von 800 Millionen Franken wurde im FAP nicht genügend betont. Hier wurde zwar schon etwas aufgegleist, aber ich hoffe, dass der neue Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements hier Massnahmen ergreift, um diesen Schuldenberg zu verkleinern. Denn sollte dieser Schuldenberg einmal explodieren, wird die Stadt Zürich zur Steuerhölle. Weiter ist es klar, dass eine wachsende Stadt investieren muss und dadurch die Infrastrukturkosten steigen. Aber dass das Fremdkapital von 8,2 auf 11 Milliarden Franken ansteigt, ist nicht gut, denn die Wirtschaftslage wird in Zukunft schlechter.

Shaibal Roy (GLP): Der FAP zeigt auf, dass der Stadt schwierige Jahre bevorstehen mit hoch-defizitären Jahresergebnissen. Von bürgerlicher Seite kommt der wenig weitsichtige Vorschlag, die Steuern zu senken, während man gleichzeitig das Fremdkapital abbauen möchte. In Zukunft wird es wegen der Steuervorlage 17 eine Stagnation bei den Steuereinnahmen geben – der FAP berücksichtigt dies noch nicht. Wir werden wahrscheinlich Steuereinnahmen von unter drei Milliarden haben, anders als im FAP behauptet. Für Unternehmen und Privatpersonen ist eine langfristige Steuerstabilität eminent wichtig – ein kurzfristiges Absenken und dann drei Jahre später wieder Erhöhen des Steuerfusses schreckt Unternehmen mit einer langfristigen Perspektive eher ab. Gleichzeitig zeigt der Stadtrat zu wenig auf, wie eine Ausgabendisziplin erreicht werden soll. Das Budget weist auch darauf hin: Man hat von vielen Sondereffekten profitiert. Dem gegenüber stehen wenige Reduktions-Massnahmen des Stadtrats, die struktureller Natur sind. Das ist gleichzeitig verständlich, denn die wachsende Stadt braucht Investitionen, die wir sprechen müssen. Auch die Digitalisierung ist eine Innovation, die Investitionen braucht. Die Investitionen sollten aber fokussiert sein, das heisst, die Ressourcen sollten stärker gebündelt werden. Unter dem Begriff Digitalisierung spriessen überall Stellen in jedem Departement – hier müssten gesamtstädtisch Ressourcen gebündelt werden. Mittel- bis langfristig würden so Effizienzgewinne erzielt werden.

Felix Moser (Grüne): STR Daniel Leupi zitierte die Studie von Avenir Suisse, ich habe

eine andere Studie im Gedächtnis. Im Frühling titelte die NZZ aufgrund einer Studie von Mercer, dass Zürich erneut die Stadt mit der weltweit zweithöchsten Lebensqualität hinter Wien sei. Die Mercer-Studie hat den Nachteil, dass sie nur sehr ausgewählte Punkte berücksichtigt. So werden etwa Bildung und Sicherheit sehr hoch bewertet, während Nachhaltigkeit oder der ökologische Fussabdruck gar kein Thema der Studie ist. Daraus können wir zwei Dinge ablesen: Erstens geht es uns sehr gut und zweitens ist alles eine Frage der Gewichtung. Mich würde es etwa mehr freuen, wenn Zürich die Stadt mit dem zweitkleinsten ökologischen Fussabdruck ist – am besten zusammen mit der zweithöchsten Lebensqualität. Ein Happy-Planet-Index berücksichtigt Lebensqualität und den ökologischen Fussabdruck. Dort fällt die Schweiz auf Rang 24 – ein Städteranking gibt es leider nicht. Die langfristigen Ziele der Grünen sind klar: Reduktion des ökologischen Fussabdrucks, die Änderung des Verkehrsmodells, weniger CO₂, mehr soziale Gerechtigkeit – all dies kann man nicht mit einem Budgetantrag erreichen, weshalb wir uns dieses Jahr sehr zurückgehalten haben. Wir stehen hinter dem Budget, sind aber überzeugt, dass wir angesichts grosser Herausforderungen nicht stillstehen dürfen. Dazu gehört nicht nur die Steuervorlage 17, die wir ablehnen, da sie den Steuerwettbewerb fördert. Ich denke vor allem an den Klimawandel. Sie erinnern sich an den Hitzesommer, den wir gerade hinter uns haben. Die SVP forderte Klimaanlage in Alterszentren, doch das ist nur Symptombekämpfung, die die Ursache aussen vor lässt und gleichzeitig noch mehr Energie verbraucht. Nicht umsonst wurden die Wahlen im nächsten Jahr auch schon als Klima-Wahlen bezeichnet. Die Auswirkungen des Klimawandels auf Zürich lassen sich nur schwer abschätzen oder beziffern. Dementsprechend ist für die Grünen der FAP das entscheidende Instrument und darin vermisse ich deutliche Worte zu den übergeordneten Zielen. Shaibal Roy (GLP) erwähnte, dass über die Digitalisierung höchstens punktuell gesprochen wird. Das gleiche gilt für die Ökologie und den Schutz der Umwelt, das eigentlich ein Schwerpunktthema des Stadtrats ist. Der FAP heisst ja auch Aufgabenplan und somit würden wir gerne erfahren, was in den nächsten Jahren in punkto Klimawandel, Nachhaltigkeit oder Umweltschutz als wichtig gilt und Investitionen auslöst.

Roger Bartholdi (SVP): Felix Moser (Grüne) sagt, er vermisse die Ökologie im FAP. Die Fraktionserklärung der SP sagt das Gegenteil: der FAP spiegle eine soziale und ökologische Politik. Ich sehe hier einen Widerspruch. Beim Steuerfuss geht es nicht darum, ob er jetzt zwei Prozentpunkte runter geht. Unternehmen fragen sich vielmehr, wie viel Steuern sie effektiv in Franken bezahlen müssen und hier gilt: Je tiefer der Steuerfuss, desto attraktiver. Das Stellenwachstum ist punktuell natürlich berechtigt, aber nicht in diesem Ausmass mit den über 800 Stellen zusätzlich seit der Rechnung 2017 – das ist, wie wenn man ein grösseres Unternehmen in die Stadtverwaltung integrieren würde. Weiter ist es im aktuellen Umfeld ein Kinderspiel, Rekordeinnahmen bei den Steuern zu verzeichnen. Doch gerade bei Rekordeinnahmen ist Disziplin wichtig und Mehrausgaben gehören verhindert, so dass am Ende nicht nur 40 Millionen Franken, sondern deutlich mehr in die Eigenmittel einfliessen beziehungsweise für den Schuldenabbau verwendet werden. Das sind wir den Steuerzahlern schuldig, die diese Rekordeinnahmen finanzieren, und eben nicht nur dem Personal. Gerade die Flughafenaktien zeigen, wie schnell sich das günstige Umfeld wieder ändern kann und dann sieht es plötzlich sehr traurig aus – der FAP zeigt es. Ein anderer Punkt in dieser Budgetdebatte sind die Beschlüsse der RPK zu den Spielregeln, wie man die Debatte führen möchte: Etwa, dass man zu kleineren Beträgen keine Anträge stellt, pro Antrag nur noch eine Minute und dreissig Sekunden und pro Postulat nur noch zwei Minuten sprechen darf und nur ein Redner pro Fraktion spricht. Daran haben wir uns gehalten, doch wir sind gespannt, ob das funktioniert. Das Budget ist ein Mittel der kurzfristigen Planung und deshalb lehnen wir es ab. Es hätte ein besseres Ergebnis bei diesen Rekordeinnahmen gebraucht.

Walter Angst (AL): Die Eintretensdebatte zeigt immer wieder auf, wie wenig bekannt ist über die Funktionsweise der Finanz- und Aufgabenplanung. Felix Moser (Grüne) verwechselte den FAP mit den Legislatorschwerpunkten. Beim FAP geht es um den mittelfristigen Ausblick über die finanzielle Entwicklung der Stadt. Der Gemeinderat kann einzig beim Budget vereinzelt Einfluss darauf nehmen. Wenn man sämtliche möglichen Investitionen in den FAP einträgt, ist es nur logisch, dass die Fremdkapitalbelastung steigt. Der Stadtrat hat bereits gesagt, dass die Stadt Zürich wegen der neuen Kennzahlen eben nicht mit Sternenberg verglichen werden kann – doch dies wird vom Freisinn nicht zur Kenntnis genommen. Im FAP stehen etwa die Wind-Investitionen von STR Michael Baumer im Fremdkapital, die er nie vollständig ausschöpfen wird. Es gibt also keinen Grund, sich wegen der steigenden Zahlen Sorgen zu machen. Relevant ist viel mehr, dass wir in die städtische Infrastruktur investieren und das wird künftige Budgets belasten. Natürlich darf man nicht wegschauen, man sollte sich aber auch nicht von irgendwelchen Dingen blenden lassen. Das Modell der Stadt Zürich ist es, in gute Infrastruktur zu investieren – für die Betreuung, Velowege, eine lebenswerte und ökologische Stadt und in eine gute Volksschule. Wegen dieser Investitionen sind wir bei den Ratings dermassen erfolgreich und auch deswegen findet man im FAP die entsprechenden Ausgaben. Das Problem für die Stadt ist, dass sich der Kanton nicht an der Entwicklung der Volksschule beteiligt. Deshalb haben wir am Stadtrand so eine riesigen Graben zwischen der Stadt und den anderen Gemeinden und so nimmt der Druck auf die Stadt laufend zu. Das ist nicht gut für das Zusammenleben im Metropolitanraum und hier gilt es, Lösung zu finden. Natürlich darf das Geld nicht mit den Schaufeln zum Fenster hinausgeworfen werden, aber es gilt die Leistungen zu entwickeln und nicht, in eine überholte Konkurrenz um den Steuerfuss zu treten. Wir werden uns beim FAP enthalten, weil wir uns vom Stadtrat wünschen, dass man gewisse Kennzahlen in den FAP integriert, die über das vom Kanton vorgeschriebene Mindestmass hinausgehen. Nur mit diesen Zahlen kann man schnell erkennen, wo in Zukunft der Schuh am meisten drückt.

Severin Pflüger (FDP): Es ist so, dass die Schulden pro Einwohner in den nächsten fünf Jahren um 10 000 auf 15 000 Franken steigen und dass das gemäss Kanton eine sehr hohe Verschuldung ist. Nun sagt der Stadtrat tatsächlich, dass diese Kennzahlen keine passende Referenz für die Stadt Zürich sind, um zu bewerten, ob das viel oder wenig ist. Ich möchte hier aus dem FAP zitieren: «Die Kennzahldefinition und Richtwerte gemäss den Vorgaben des Gemeindeamts berücksichtigen die besondere Situation nicht. Als vollintegrierter Konzern umfasst die Stadt Zürich zwei Spitäler, die VBZ, das ewz etc.» Und deswegen müsse man eben die Schulden entsprechend als auf diese Betriebe verteilt betrachten und diese sind teilweise gebührenfinanziert und geschlossene Rechnungskreisläufe. Deshalb sei diese Verschuldung kein Problem. Ich sage aber, dass das trotzdem ein Problem ist. Insbesondere das Thema Windkraftwerke im Ausland: Es fällt auf den Steuerzahler zurück, wenn ein europäisches Land seine Subventionen bezüglich erneuerbarer Energien anpasst. Auch bei den Spitälern kann es zum Problem werden, wenn diese eines Tages erklären würden, dass etwa die gebauten Bettenhäuser nicht in die Strategie des Spitals passen. Dann hat der Steuerzahler diese Schulden an der Backe. So gesehen ist die Relativierung des Stadtrats falsch, dass man diese Schulden anders betrachten müsse, weil wir ein vollintegrierter Betrieb sind. Ausserdem hat uns der Stadtrat die Kennzahl der Nettoverschuldung II nicht geben wollen, die genau diese Aufschlüsselung nach Betrieben vornimmt. Ich zitiere dazu aus der Antwort des Stadtrats: «Der Vergleich und die Interpretation nicht einheitlich definierter Kennzahlen birgt die Gefahr von Missverständnissen und Fehlurteilen.» Der Stadtrat glaubt also, wir würden uns ein Fehlurteil bilden, wenn er uns eine weitere Kennzahl liefert zur Begründung seiner Relativierung. Es liegt also am Stadtrat, aufzuklären, wo das Missverständnis besteht. Sie müssen sich vor allem merken, dass die Stadt Fremdkapital anhäuft und das um ein

Vielfaches mehr als das Bevölkerungswachstum. Das ist im Moment und in näherer Zukunft nicht weiter schlimm, irgendwann in der Zukunft wird uns das aber wieder einholen. Sind wir in der Lage, diese Verschuldung irgendwann wieder einmal abzubauen? Dazu gibt es auch eine interessante Kennzahl: Der Nettoverschuldungsquotient liegt zur Zeit bei 175 Prozent der aktuellen Steuereinnahmen. Wir brauchen also die Steuereinnahmen von eindreiviertel Jahren, um alle Schulden begleichen zu können. Dieser Quotient steigt auf 240 Prozent bis ins Jahr 2022. Einen Schuldenabbau wird es also erst geben, wenn wir in eine Inflation hineinlaufen, denn aus eigener Kraft werden wir die Schulden nie abbauen können. Das ist das Problem: Im Moment geht es uns zu gut, wir machen uns zu wenige Sorgen. Wie viele andere Staaten und Gemeinwesen nehmen wir billiges Fremdkapital auf und setzen darauf, dass die gewachsene Bevölkerung uns dies doppelt und dreifach zurückzahlen wird.

Samuel Balsiger (SVP): *Jede Partei bis jetzt hat gesagt, das Bevölkerungswachstum stelle uns vor Probleme. Es gibt nur eine grosse Partei, die sagt: Alles ist super, wir begrüssen das Wachstum und die Lebensqualität ist toll. Die SVP hinterfragt die Masslosigkeit dieser Einwanderung kritisch. Die Ausgaben sind seit 2005 um 24 Prozent von 7 auf 8,7 Milliarden Franken gestiegen. Im gleichen Zeitraum stieg die Bevölkerung um 16 Prozent. Es stimmt also: Die Einwanderung treibt die Kosten nach oben. Das ist aber nicht die ganze Wahrheit, denn es sind auch die masslosen, ideologischen Begehrlichkeiten und nicht etwa der böse Kanton oder das bürgerliche System, das die Stadt an den Rand des Ruins treibt. Eine Partei begrüsst das Bevölkerungswachstum mittels den steigenden Zahlen zu Beschäftigung, Einkommen und Arbeitsplätzen und sagt, alleine dadurch ginge es den Leuten besser. Das ist von der Realität losgelöst: Schon alleine die Bodenpreise sind von 2008 bis 2017 um 42 Prozent gestiegen, so schreibt es der Tages-Anzeiger. Wenn die Bodenpreise um 42 Prozent gestiegen sind, können Sie sich ausrechnen, dass auch die effektiven Mieten massiv gestiegen sind. Die hohen Mieten und das Gedränge im Tram und in der Badi reflektieren die durch das Wachstum beeinflusste Lebensqualität und nicht irgend eine Statistik. So können weder Happy-Index noch Statistiken zur Lebensqualität weismachen, dass die Masseneinwanderung und die masslose Bevölkerungsexplosion irgend eine positive Auswirkungen auf die Menschen haben. Die Einwanderung raubt den Menschen Lebensqualität. Das stellen auch Sie fest: Sie kriegen Angst und deshalb beginnen Sie, immer häufiger über die Einwanderung zu sprechen – und das tun wir hier im Gemeinderat seit Monaten.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Wenn die rote Linie bei der Pro-Kopf-Verschuldung bei 5000 Franken angesetzt wurde, dann können wir die aktuelle Verschuldung nicht verharmlosen, indem wir darauf hinweisen, dass man die Stadt nicht mit anderen Gemeinden vergleichen könne. Die Zeichen stehen auf Sturm und dürfen nicht bagatellisiert werden. Es ist ja nicht so, dass nur ein moderater Anstieg angestrebt wird, sondern eine Verdreifachung der Verschuldung. Es ist schönfärberisch zu sagen, es würden sowieso nicht alle genehmigten Investitionen umgesetzt. Wir kennen die Zahlen aus Italien und Griechenland zur Verschuldungsquote und selbst die sind noch tiefer als die für Zürich in Aussicht gestellten Werte. Wir müssen damit rechnen, dass die Zinsen steigen könnten, was das Verschuldungsproblem potenzieren würde. Wir dürfen diese Gefahr nicht unterschätzen. Die aktuellen Zahlen sind schwarz, also positiv. Aber wir stehen auf tönernen Füßen. Die Zahlen wären schon tiefrot, würde man nur den Betrag subtrahieren, den wir mittels Ordnungsbussen einfahren. Wenn eine Stadt auf das Fehlverhalten ihrer Bürger angewiesen ist, um schwarze Zahlen zu schreiben, dann stimmt etwas nicht.*

Përparim Avdili (FDP): *Alan David Sangines (SP) kritisierte, die FDP wolle vor allem*

bei den integrativen Massnahmen Geld einsparen. Der Denkfehler ist, dass eine erfolgreiche Integration nicht automatisch mit mehr Mitteleinsatz verbunden ist. Statt dessen sollten Menschen aktiv in die Gesellschaft eingebunden werden, etwa mit einer Mitgliedschaft bei einem Verein, was traditionell zu einer sehr schnellen Integration führt – nicht nur von Ausländern. Man muss die Menschen aus ihren Blasen herausholen, die für den Kern der meisten Probleme verantwortlich sind. Das führt zu besseren Deutschkenntnissen als Kurse, die sowieso keine Berufskompetenzen mitgeben. Ausserdem lernen die Leute die lokalen Werte kennen. Gerade Staaten, die Migrationsarbeit als staatliches Hoheitsgebiet betrachten, haben heute gewaltige Probleme – bis zur Entstehung von Parallelgesellschaften. Ein grösserer Staat ist nicht automatisch gut, sondern ungesund, wenn er über seine grundlegenden Aufgaben wächst. Das ist insbesondere problematisch, wenn man diese Grösse nur mit fremder Hilfe erreichen will. Der Staat muss von seinen grundlegenden Aufgaben ausgehen. Dazu gehören auf jeden Fall Infrastruktur und Schule dazu, aber bestimmt nicht die Erweiterung eines Immobilienportfolios, wie es der Stadtrat anstrebt und das nur mit Fremdkapital zu finanzieren ist und den Wohnungsmarkt dann doch nicht beruhigt. Denn der weniger werdende private Boden gewinnt so an Wert und verlangt höhere Zinsen. Noch schlimmer ist, dass die Stadt auch noch alles selber bauen will. Es gibt also mehr als genügend Möglichkeiten, das Fremdkapital zu senken und gleichzeitig sinnvolle Investitionen zu tätigen.

Florian Utz (SP): Der FAP muss nun dafür herhalten, um ein Katastrophenszenario an die Wand zu malen, weil das mit dem Budget nicht geht, das ja einen Überschuss verzeichnet. Ich will an das anknüpfen, was Walter Angst (AL) gesagt hat. Was ist der FAP? Dort drin muss man alle Ausgaben auflisten, die in Zukunft anfallen könnten. Je näher man dem jeweiligen Jahr kommt, umso mehr Aufgaben werden verschoben oder fallen gar nicht an. Umgekehrt – und das war schon immer so – bedeutet das: Je weiter man im FAP in die Zukunft blickt, umso schlechter sehen die Zahlen aus. Das Budget sieht immer besser aus als der FAP und die Rechnung schliesst besser ab als das Budget. Als Beispiel können wir das Jahr 2016 nehmen. Im ersten FAP stand das Jahr mit einem Defizit von 487 Millionen Franken, das von Jahr zu Jahr besser wurde. Das Budget sah dann noch ein Minus von 12 Millionen Franken vor und die Rechnung schloss mit 288 Millionen Franken im Plus. Natürlich kann man nicht sagen, dass man sich immer in diesen 0,8 Milliarden Franken bewegt – meistens ist es tatsächlich weniger – aber der Mechanismus kann an diesem Beispiel sehr gut verdeutlicht werden. Deshalb sollte man einen Mittelweg fahren und nicht mit den Extremen argumentieren wie die SVP. Diese sagt einerseits, die Stadt stehe kurz vor der Pleite und will andererseits 50 Millionen Franken Steuereinnahmen für drei Steuerprozent hergeben. Es stimmt, es gibt in Zukunft finanzpolitische Herausforderungen und dort müssen wir Verantwortung übernehmen und nicht alle Schleusen öffnen. Aber man muss auch nicht schwarzmalen, sondern einen gesunden Mittelweg fahren. Ich möchte noch auf das Votum von Samuel Balsiger (SVP) eingehen, der sagt, die Zuwanderung und das Bevölkerungswachstum bergen Herausforderungen. Das bestreiten wir gar nicht. Die Frage ist bloss, wie man mit diesen Herausforderungen umgeht. Und hier muss man festhalten, dass das Bevölkerungswachstum, die Zuwanderung und die bilateralen Verträge massgeblich zu unserem wirtschaftlichen Erfolg und Wohlergehen beigetragen haben. Darum wollen wir all das auch nicht einfach streichen, denn dies wäre ein ausgeprägtes Eigentor. Wir haben gleichzeitig die entsprechenden Vorstösse und Anträge, um die Herausforderungen anzupacken, die aus diesem Wachstum entstehen. Wir schaffen etwa mehr Integrationsklassen, leider ohne eure Unterstützung. Auch die Verdichtung birgt Herausforderungen, darum brauchen wir mehr Grünräume. Diese Anträge stellen wir und wir würden uns über eure Unterstützung freuen. Wir fordern auch, dass die Früchte des wirtschaftlichen Wohlergehens allen zugute kommen. Hier haben wir etwa gemeinsam mit dem Freisinn die Wintermantelzulage erhöht.

Dorothea Frei (SP): Wir haben nun schon einige Jahre an Erfahrung mit dem AFP oder jetzt dem FAP sammeln können und diese Erfahrung zeigt: Je näher die Planjahre am Budget oder der Realität sind, desto anders sehen sie aus. Wir waren ziemlich erschrocken, als wir den AFP für die Jahre 2017 und 2018 gesehen hatten, die als hoch defizitär ausgewiesen wurden. Die Realität 2017 zeigte einen hoch positiven Rechnungsabschluss und auch 2018 wird wohl positiv enden, ebenso ist das Budget 2019 positiv. Gleichzeitig zu positiven Rechnungen und Budgets haben wir in den letzten vier Jahren über 900 Millionen Franken an langfristigen Schulden abgebaut. Mich beruhigt, dass die Stadt mit der wachsenden Bevölkerung umgehen kann: Schutz & Rettung ist bereit und wird entsprechend den hohen Einsatzzahlen aufgestockt, der öffentliche Verkehr wird ausgebaut und es werden Schulhäuser gebaut. Gleichzeitig müssen wir im Gesundheitswesen noch weitere Ausbildungsplätze schaffen, wie es uns der Kanton vorgibt. Natürlich müssen wir den Selbstfinanzierungs- und Neuverschuldungsgrad im Auge behalten, aber die Vergangenheit zeigte, dass wir wissen, wo wir sparen und reduzieren können, so dass es nicht so kommt, wie im FAP geplant. Zum Bevölkerungswachstum: Es stimmt, dass es seit 2005 sehr viel mehr Stadtbewohner gibt. Spannend wäre aber der Vergleich dieser Zahl mit jener der Quellensteuer. Im Jahr 2008 hat uns diese Quellensteuer praktisch gerettet und die Steuerausfälle aus dem Bankensektor wegen der Finanzkrise ausgeglichen. Wir haben also einen grossen Steuergewinn an den Neuzuzüglern.

Michael Schmid (FDP): In Sachen Nettoverschuldungsquotient sollte sich die Ratslinke und der Stadtrat darüber einigen, ob dessen Ansteigen nun ein Problem darstellt oder ob es sich dabei bloss um die Ungenauigkeit des FAP handelt. Der Stadtrat relativiert die FAP-Zahlen gegenüber den Kennzahlen des Kantonsrats und sagt, es gebe keinen Grund zur Beunruhigung. Die Ratslinke sagt, es liege in der Natur der Sache, dass man in der Zukunft noch zu hohe Ausgaben ausweist. Wichtiger ist aber eine andere Feststellung. Die Grundlage dessen, was wir heute hier diskutieren, ist der wirtschaftliche Erfolg in der Stadt Zürich durch die Unternehmerinnen und Unternehmer und die Steuerzahler – dazu gehören auch die «Reichen». Erst auf dieser Grundlage können wir unsere Aufgaben erfüllen und auch noch ein positives Resultat ausweisen. Dies möchte ich insbesondere dem Referenten der Grünen mitgeben, der sagt, ihm wäre es lieber, wir wären auf einem Nachhaltigkeitsindex als auf dem Wohlstandsindex an der Spitze. Nur der Wohlstand ermöglicht es uns, Ziele wie die 2000-Watt-Gesellschaft zu verfolgen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Wenn man nichts mehr am FAP zu kritisieren hat, stürzt man sich aufs Thema Schulden. Und das obwohl die langfristige Verschuldung fast um eine Milliarde Franken abgebaut werden konnte. Und was das Abstimmen der Argumentationslinien angeht, wie es Michael Schmid (FDP) forderte: Hier wurden zwei unterschiedliche Fragestellungen miteinander vermischt. Vorneweg: Die Stadt Zürich hat bei den Rankings mehrere A's und nicht etwa B's, C's oder Minus. Es braucht zur Zeit also keinen EU-Gipfel um die Verschuldungsfähigkeit der Stadt Zürich auf den Finanzmärkten sicher zu stellen. Wir sind nach wie vor ein sehr begehrtter Schuldner dessen Anleihen innert kürzester Zeit gebucht werden. Was die Kennzahlen angeht, muss der Kanton allerlei Gattung vergemeinden. Das geht von der Gemeinde Volken mit aktuell etwa 350 Einwohner bis zur Stadt Zürich mit über 400 000 Einwohnern – ein Unterschied mit dem Faktor 1:1000. Der Median liegt irgendwo zwischen 3500 und 4000 Einwohner. So eine Gemeinde muss in der Regel weder ein Tram finanzieren, noch ein eigenes Altersheim und die Wasserversorgung wird meistens mit anderen Gemeinden zusammen betrieben. Natürlich müssen auch diese Gemeinden Investitionen tätigen,

aber diese geschehen in anderen öffentlich-rechtlichen oder genossenschaftlichen Körperschaften, während bei uns alles im gleichen Buch zusammengefasst ist. Dadurch entstehen ganz andere Werte, obwohl auch diese Gemeinden investieren müssen. Die Verschuldung der Spitäler taucht nicht in der Verschuldung der Gemeinde XY auf, sondern bei der entsprechenden Trägerschaft. Ich verstehe, dass der Kanton Kennzahlen nicht auf die anderen Gemeinden anwenden kann, die auf die Stadt Zürich zugeschnitten sind. Zu der von der RPK gewünschten Kennziffer Nettoverschuldung II: Unsere Zusatzverschuldung ist in unseren integrierten Betrieben und nicht in unseren Beteiligungen, die eigene Bücher haben. Deshalb hätte sie diese Zahl nicht weiter gebracht. Abgesehen davon wollten wir in dieser Stressphase nicht noch Dinge berechnen, die der Kanton gar nicht vorsieht. Auch der Kantonsrat hatte früher mal von der Verwaltung eine grosse Anzahl an Kennzahlen verlangt und diese dann doch wieder gestrichen. Im FAP müssen wir alle Aufgaben aufgrund gesetzlicher Bestimmungen und Ihrer Wünsche einplanen, die zur Zeit anstehen. Die Erfahrung zeigt, es kommt immer besser: Unsere Verschuldung stieg weniger stark an und unsere Eigenfinanzierung war immer 20 bis 30 Prozentpunkte besser als im Budget angegeben. Ich gehe davon aus, dass die Stadt dies auch in Zukunft gewährleisten kann. Das ist aber keine Garantie und lässt deshalb keinen Platz für ausufernde Wünsche und Bestellungen.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2019–2022 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Peter Schick (SVP), Referent
Enthaltung:	Walter Angst (AL)
Abwesend:	Elisabeth Liebi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 17 Stimmen (bei 10 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Peter Schick (SVP), Referent
Enthaltung:	Walter Angst (AL)
Abwesend:	Elisabeth Liebi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 16 Stimmen (bei 10 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2019–2022 wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 19. Dezember 2018 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

688. 2018/478

Postulat der AL-Fraktion vom 05.12.2018:

Anpassung der Prozesse für Neubauprojekte im Portfolio Schul- und Sportbauten

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Walter Angst (AL)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 662/2018): Am 22. Oktober präsentierte uns die IMMO in der RPK die Hochbau-Investitionsplanung. Einige RPK-Mitglieder waren sehr überrascht, was uns in Bezug auf die Schulraumplanung bis ins Jahr 2030 noch bevorsteht. Die Zahlen stammen aus der Stadtrats-Retraite 2017 und zeigen, dass wir im Vergleich zur Vorjahresperiode vor zehn Jahren das Zweieinhalb- bis Dreifache an Quadratmetern erstellen müssen, um den notwendigen Schulraum bereitstellen zu können. Das vorliegende Postulat ist eine Gruppenarbeit, bei der etliche RPK-Mitglieder Textbausteine beigesteuert haben. Auch der Stadtrat wird es entgegennehmen, wie ich heute Mittag vernommen habe. Es geht um drei Punkte. Einerseits muss man einen Investitionsplafond für das Schul- und Sportdepartement reservieren. Die Zahl von 150 Millionen Franken stammt von der IMMO auf Basis der Zahlen aus dem Jahr 2016. Das bedeutet nicht, dass man den ganzen Betrag ausgeben muss. Aber im Gegensatz zum heutigen Plafonds der IMMO von etwa 85 Millionen Franken – der für das gesamte Immobilienportfolio gilt – bedeutet das einen erheblichen Ausbau. Zum Zweiten wird der Bauprozess analog dem Kriminalgebäude am Mühleweg angepasst. Hier geht es um eine Beschleunigung der Prozesse, damit die Schulräume 2026/27 fertiggestellt werden, den Einsatz von Generalplanern und Generalunternehmungen bei der Realisierung und klare Aufträge, die nicht während des Planungs- oder des Bauprozesses wieder geändert werden. Zum Dritten geht es um die Schaffung klarer Verantwortlichkeiten unter Einbezug des Nutzerdepartements. Das Nutzerdepartement ist das Schul- und Sportdepartement, das eine Art Case-Manager stellen muss. Dieser muss sicherstellen, dass diese Bauten den Bedürfnissen entsprechend erstellt werden. Er muss auch den Kontakt mit den Kreisschulpflegern und mit dem Sportamt halten, um sämtliche Bedürfnisse zu bündeln. Es braucht ausserdem eine verständliche Berichterstattung darüber, was genau passiert, um die Schulraumdebatte zu beruhigen. Im Moment haben wir etwa 200 oder 300 Seiten an Dokumenten, die sehr unübersichtlich sind. Aus Rückfragen und Budgetangaben kann man versuchen herauszulesen, was wirklich ist. Für die zuständige Spezialkommission Schul- und Sportdepartement (SK PRD/SSD), die die Schulraumbauten diskutieren und bewilligen muss, braucht es eine verständliche Übersicht. Sowohl beim Schul- und Sportdepartement als auch bei der IMMO wurden erste entsprechende Prozesse eingeleitet. Die entsprechenden Unterlagen zum Projekt des Schulhauses Saatalen zeigen, dass es nicht mehr um einen offenen Projektwettbewerb geht, sondern um einen eingeladenen Projektwettbewerb. Vielleicht gibt es auch dort noch mehr Möglichkeiten, solche Projekte zu gruppieren und zu beschleunigen.*

Thomas Schwendener (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Die Stadträte sollten das unter sich ausmachen und dann selber etwas dem Gemeinderat vorlegen. Das sollte nicht Aufgabe der AL sein. Hier wird ein Fass ohne Boden geschaffen, bei dem man nicht mehr weiss, wo das Geld hingeht. Wir sehen schon, dass hier eine gewisse Diskrepanz besteht, aber das sprengt die Kasse endgültig. Was die Berichte angeht: Wenn die Sache Hand und Fuss hat, muss man keine Berichtli erstellen. Deshalb lehnen wir das ab.

Weitere Wortmeldungen:

Dorothea Frei (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Wir würden gerne eine Ziffer d. einfügen: «Für kurzfristige, rasch umzusetzende Anmietungen im Portfolio Schulbauten soll ein neuer, möglichst schlanker Prozess erarbeitet werden. Dazu soll auch neu eine «Expressgruppe» mit Vertreterinnen bzw. Vertretern des SSD und des HBD gebildet werden.»

Andri Silberschmidt (FDP): Die FDP-Fraktion unterstützt sowohl Postulat als auch die Textänderung, sofern die Postulanten die Textänderung ebenfalls unterstützen. Wir konnten uns bei entscheidenden Punkten einbringen. So möchten wir keine zweite, kleine IMMO im SSD und haben entsprechend in der Vorbereitung auf eine Textänderung hinwirken können, dass das Schul- und Sportdepartement in der Stellenkompetenz gestärkt wird. Uns freut insbesondere lit. b. Nachdem man vor einer Woche ein FDP-Postulat abgelehnt hatte, das vereinfachte und günstigere Schulbauten forderte, wurde nun erkannt, dass man schnellere und günstigere Verfahren haben kann. Das gemeinsame Ziel sind mehr Schulbauten, um den in den nächsten Jahren kommenden grossen Bedarf zu decken.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: Der Stadtrat nimmt das Postulat gerne entgegen, das offene Türen einrennt. Wie von Walter Angst (AL) erwähnt, konnte sich der Stadtrat bereits 2017 in einer Klausur mit den Zahlen der IMMO auseinandersetzen und kam zu der Meinung, dass der Investitionsplafond für den Schulraum erhöht werden muss. Der Stadtrat hat die entsprechenden Weichen auch schon im FAP gestellt, so dass man es im Budget 2020 schon abbilden wird. Es war uns aber auch ein Anliegen, keine finanziellen Kapriolen zu machen. Es freut uns – und ich meine den Schulvorsteher hier mit – dass der Gemeinderat die Herausforderungen mit dem Schulraum gleich sieht wie der Stadtrat. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass das Erhöhen des Investitionsplafonds nur ein Teil der Geschichte ist. Es braucht auch personelle Ressourcen, um das Geld investieren zu können und es bedarf weiterer Prozessoptimierungen, um diese zu beschleunigen. In der vierten Lesung kam noch die Frage nach Projektänderungen bei den Schulhausbauten auf. Es konnte festgestellt werden, dass es keine Projektänderungen bei der Umsetzung gab. Wir erlauben dem Besteller nicht, während der Umsetzung kosten- und zeitintensive Projektänderungen einzubringen. Das letztjährige Postulat nimmt nochmal einen Teil auf: Die Arbeit wurde im HBD gestartet, da können wir über mögliche Prozessoptimierungen noch berichten. Diese Prozessoptimierungen braucht es von A–Z: Schulamt, IMMO und AHB sind da in einer gemeinsamen Verantwortung. Aus Schulkreisen hören wir, dass die Sache mit den Mietverträgen zügig durchgezogen werden kann. Wenn wir die Herausforderungen gemeinsam anpacken, finden wir auch gute Lösungen.

Walter Angst (AL) ist mit der Textänderung einverstanden: Wir nehmen den Textänderungsantrag an in der Hoffnung, dass diese Expressgruppe ab 2024/2025 möglichst selten zum Einsatz kommt, weil dann Schulraum zur Verfügung steht und

Hauruck-Übungen überflüssig macht.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert, die Anpassung der Prozesse für N-Projekte im Portfolio Schul- und Sportbauten gemäss folgenden Eckpunkte zu prüfen:

- a. Bildung eines für Neubau- und Erweiterungsprojekte Schul- und Sportbauten reservierten Investitionsplafonds bei der IMMO im Umfang von 150 Millionen Franken pro Jahr für die nächsten 10 Jahre.
- b. Anpassung der Planungs-, Beschluss- und Bauprozesse zur Beschleunigung der Erstellung der Neubauten im Portfolio Schul- und Sportbauten in der Regel in Anlehnung an die beschleunigte Realisierung des Kripogebäudes Mühleweg (Weisung 2017/207)
- c. Bei der Bestellung der Neubau- und Kleinprojekte im Portfolio Schul- und Sportbauten übernimmt das Nutzerdepartement (SSD) eine zentrale Funktion in der Koordination mit den Kreisschulbehörden und der Priorisierung der Projekte.
- d. Für kurzfristige, rasch umzusetzende Anmietungen im Portfolio Schulbauten soll ein neuer, möglichst schlanker Prozess erarbeitet werden. Dazu soll auch neu eine «Expressgruppe» mit Vertreterinnen bzw. Vertretern des SSD und des HBD gebildet werden.

Der Spezialkommission PRD/SSD und der RPK soll jährlich Bericht erstattet werden über die eingeleiteten und umgesetzten Massnahmen.

Das geänderte Postulat wird mit 107 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

689. 2018/494

Schriftliche Anfrage von Markus Knauss (Grüne) und Hans Jörg Käppeli (SP) vom 12.12.2018:

Zeitverluste des öffentlichen Verkehrs als Folge von Eigenbehinderungen oder Verkehrsüberlastungen, Auflistung der Verlustzeiten und der eingebauten Fahrzeitverlängerungen im Fahrplan sowie Einflüsse dieser betrieblichen Massnahmen auf die Zusatzkosten im Zusammenhang mit Lärmsanierungsmassnahmen

Von Markus Knauss (Grüne) und Hans Jörg Käppeli (SP) ist am 12. Dezember 2018 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Es ist bekannt, dass die VBZ massive Zeitverluste und damit auch Zusatzkosten wegen Behinderungen durch den Autoverkehr oder durch Eigenbehinderungen aufweisen. So wurde beispielsweise in der Verkehrskommission schon ausgeführt, dass Kurse der Buslinie 32 am Bucheggplatz oder an der Glaubtenstrasse vorzeitig gewendet werden mussten, weil die Busse einfach im Stau stecken geblieben sind.

Bei der Beurteilung von Lärmsanierungsprojekten wird nun häufig das Argument ins Spiel gebracht, dass eine Lärmsanierung an der Quelle mit Tempo 30 nicht möglich sei, weil die wenigen Sekunden im gesamten Umlauf einer Tram- oder Buslinie, die wegen Tempo 30 nötig wären, zu unverhältnismässigen Kosten führen würden. Erinnert sei hier an die ungenügende Lärmsanierung an der Klosbachstrasse, wo gemäss Stadtrat eine Lärmsanierung an der Quelle nicht möglich sein soll, weil im gesamten Umlauf der Tramlinie 8 von rund 70 Minuten ein Zeitverlust von 8 Sekunden, allenfalls auch nur schon von einer Sekunde, den Kauf einer neuen Tramkomposition erfordert haben sollte. Ein weiteres Beispiel ist die Binzmühlestrasse: Wegen Verkehrsüberlastung an verschiedenen Knoten im Streckenverlauf wird die Buslinie 80 durch miV-Staus

behindert, wodurch im Fahrplan 2018 die Fahrzeiten um 4 Minuten verlängert werden mussten. Ein Zeitverlust von ca. 1 Minute durch eine Lärmschutzmassnahme an der Quelle mit Tempo 30 läge somit nicht mehr drin - wird argumentiert. Ebenfalls wird behauptet, dass der ZVV die Mehrkosten für die Umsetzung einer bundesrechtlich vorgeschriebenen Lärmsanierung an der Quelle mit Tempo 30 nicht übernehmen wolle.

Beispiele für Eigenbehinderungen stellen die instabilen Fahrzeiten im Raum Bellevue oder auch in der Bahnhofstrasse und im Raum Bahnhofplatz/Bahnhofquai/Central dar.

Im Zusammenhang mit den Zusatzkosten für die VBZ durch miV-Behinderungen und Eigenbehinderungen stellen sich folgende Fragen:

1. Wie hoch sind die Verlustzeiten pro Tag, bzw. in den Hauptverkehrszeiten am Morgen und am Abend, die der VBZ durch miV-Behinderungen entstehen (gebeten wird um eine Aufstellung der Tramlinien sowie der Buslinien 31 bis 89 sowie der Orte im Streckenverlauf, wo die grössten Zeitverluste auftreten)?
2. Wie hoch sind die Verlustzeiten pro Tag, bzw. in den Hauptverkehrszeiten am Morgen und am Abend, die der VBZ durch Eigenbehinderungen entstehen (gebeten wird um eine Aufstellung der Tramlinien und der Buslinien 31 bis 89 sowie der Orte im Streckenverlauf, wo die grössten Zeitverluste auftreten)?
3. An welchen Linien wurden in den letzten drei Jahren Fahrzeitverlängerungen und/oder die Reduktion der Wendezeiten in den Fahrplan eingebaut, um die Verlustzeiten durch miV- oder Eigenbehinderungen auszugleichen? Wie viele zusätzliche Kurse mussten deswegen auf den jeweiligen Linien eingesetzt werden?
4. Welche Zusatzkosten entstehen aus diesen Behinderungen bei den Investitionen und im Betrieb (gebeten wird um eine separate Auflistung der Zusatzkosten durch miV-Behinderungen und Eigenbehinderungen und wie gross ist jeweils der dafür notwendige zusätzliche Fahrzeugbestand der VBZ und welche zusätzlichen Betriebskosten fallen an)?
5. Hat der ZVV in der Vergangenheit die übermässigen Kosten, die aus Verlusten durch miV-Behinderungen oder Eigenbehinderungen resultieren, finanziert?
6. Welche Massnahmen trifft der Stadtrat um die Kosten der miV-Behinderungen und der Eigenbehinderungen abzubauen und damit den Kostendeckungsgrad der VBZ zu erhöhen?
7. Inwiefern ist es zutreffend, dass der ZVV sich geweigert habe, die betrieblichen Zusatzkosten (Fahrzeuge und Personal) für die Lärmsanierung zu übernehmen?
8. Falls sich der ZVV geweigert haben sollte, Zusatzkosten bedingt durch Lärmsanierungsmassnahmen zu finanzieren: Wie stellt sich der Stadtrat dazu, dass der ZVV offenbar bereit ist, Zusatzkosten bedingt durch miV-Behinderungen oder Eigenbehinderungen zu finanzieren, der Bevölkerung den verfassungsmässigen Schutz vor schädlichen und lästigen Immissionen aber verweigert?
9. Mit der Wiederinbetriebnahme eines zusätzlichen, betriebsnotwendigen Miragetrams ab 2019 (Medienmitteilung der VBZ vom 13. November 2018) steht auf der Tramlinie 8 eine zusätzliche Zeitreserve von 7.5 Minuten zur Verfügung, um einerseits die Verspätungen dieser Tramlinie auszugleichen und andererseits eine bundesrechtskonforme Lärmsanierung an der Quelle umzusetzen. Der Stadtrat hat sich bisher geweigert, im Rahmen der kreisweisen Lärmsanierung die Strassenabschnitte entlang der Tramlinie 8 mit einer Lärmsanierung an der Quelle zu sanieren, war aber gemäss schriftlicher Anfrage GR-Nr. 2018/193 bereit, auf seinen Entscheid zurückzukommen, sollte ein Spielraum für die Einführung vom Tempo 30 bestehe. Wann wird nun also die Lärmsanierung mit einer Massnahme an der Quelle an der Klosbachstrasse (Zeitverlust 8 Sekunden), der Selnaustrasse (Brandschenkestrasse bis Sihlhölzlistrasse, Zeitverlust 8 Sekunden), der Stauffacherstrasse (zwischen Langstrasse und Feldstrasse Zeitverlust, 6 Sekunden) und der Hohlstrasse zwischen Feldstrasse und Herman-Greulich-Strasse (Zeitverlust geschätzte 6 Sekunden) umgesetzt, nachdem mit einem zusätzlichen Fahrzeug eine zusätzliche Reservezeit von 7.5 Minuten besteht?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

- 690. 2018/320**
Schriftliche Anfrage von Martin Götzl (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 29.08.2018:
Angaben zur Schaltung der Lichtsignalanlagen betreffend einer «grünen Welle» für den Verkehr oder einer Benachteiligung der motorisierten Fahrzeuge sowie technische Anforderungen an eine Anlage zur dynamischen Steuerung des Verkehrs

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1003 vom 28. November 2018).

- 691. 2018/323**
Schriftliche Anfrage von Dr. Christian Monn (GLP) und Sven Sobernheim (GLP) vom 29.08.2018:
Möglichkeiten zur Umgestaltung von stark exponierten öffentlichen Plätzen und Wartezonen des öffentlichen Verkehrs zum besseren Schutz vor Sonne und Hitze sowie Bestrebungen zur Vermeidung von grossen zusammenhängenden versiegelten Flächen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1004 vom 28. November 2018).

Nächste Sitzung: 12. Dezember 2018, 17 Uhr.